Zeitschrift: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde

Herausgeber: Bernisches historisches Museum

Band: 46 (1984)

Artikel: Die Polen im Kanton Bern 1833-1834 : Untersuchungen zu Struktur und Funktion politischer Öffentlichkeit

Autor: Graf, Martin

Kapitel: 2: Aufnahme und Unterstützung der Polen im Kanton Bern 1833-1834

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-246300

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

heiten zu stürzen. Ende April und anfangs Mai folgte eine zweite Welle von acht Reklamationen fremder Mächte, verbunden mit der Drohung, am Ende des Monats Mai die bereits begonnenen Schikanen an der Schweizer Grenze bis zur totalen Grenzsperre zu verschärfen. Der Vorort sah sich daraufhin veranlasst, die Vorbereitung einer ausserordentlichen Tagsatzung an die Hand zu nehmen, die das widerspenstige Bern mit einer Bundesexekution bedroht hätte.

Die Lage der Polen im Kanton Bern war nun unhaltbar geworden, um so mehr, als auch die zu ihrem Unterhalt gesammelten Gelder aufgebraucht waren. Am 6. Mai 1834 beschloss endlich der Grosse Rat die Ausweisung aller am Savoyerzug beteiligten Ausländer - gegen eine immer noch zahlreiche radikale Opposition. Die Ausweisung wurde aber nicht allzu energisch durchgeführt; noch Mitte Juni befanden sich 31 polnische Teilnehmer am Savoyerzug im Kanton. Erst am 18. Juli 1834 konnte die Polizeisektion dem Regierungsrat den abgeschlossenen Vollzug des Grossratsbeschlusses melden[16].

Im Juni war noch eine dritte Welle von fünf ausländischen Noten erfolgt; Wortführer war erneut Österreich. Gefordert wurden nun Garantien für die Nichtwiederholung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft. Die etwas wenig energische Antwort des Vorortes, man werde auch in Zukunft Fremde, die das Asyl zur Störung der Ruhe benachbarter Staaten missbrauchten, wegweisen, befriedigte zwar endlich die fremden Mächte, führte aber zu einem Proteststurm der Radikalen. Bern und Luzern gaben an der ordentlichen Tagsatzung vom Juli 1834 ihre schärfste Missbilligung dieser Verletzung der schweizerischen Nationalehre zu Protokoll. Man befürchtete sogar, eine im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Eidgenössischen Schützenfest zu diesem Thema einberufene Volksversammlung könnte versuchen, die Tagsatzung zu sprengen; doch blieb es bei feurigen Reden.

Damit war die erste einer ganzen Reihe von Flüchtlingsaffären der 1830er Jahre beendet, an denen sich das wachsende schweizerische Nationalbewusstsein entzünden konnte.

2. Aufnahme und Unterstützung der Polen im Kanton Bern 1833–1834

2.1. Die Haltung des Grossen Rates

Im Grossen Rat des Kantons Bern stand das Traktandum «Polenangelegenheit» vom Mai 1833 bis zum Mai 1834 nicht weniger als sechsmal auf der Tagesordnung und führte jedesmal zu ausführlichen Debatten, die sich dreimal sogar über zwei Sitzungstage hinzogen. Am 8. Mai 1833 beteiligten sich 24 Redner, am 6. Mai 1834 sogar 28; die Debatte vom 19. Dezember 1833 dauerte über sechs Stunden[17]. Die entgegengesetzten ideologischen Argumentationen sollen erst später im Rahmen der Analyse der Inhalte der radikal-liberalen Polenbegeisterung und der konservativen Polenablehnung dargestellt werden. Hier soll vorerst nach den verschiedenen Fraktionen des Grossen Rates und ihren Positionen zur Frage der materiellen Duldung und Unterstützung gefragt werden.

Die wichtigeren Probleme, die sich dem Grossen Rat im Zusammenhang mit dem Polenaufenthalt im Laufe dieses Jahres stellten, haben wir bereits im ereignisgeschichtlichen Überblick dargestellt: die Frage der Asylgewährung überhaupt, des Masses der staatlichen Unterstützung, der eidgenössischen oder kantonalen Zuständigkeit und Verantwortung, der Drohungen des Auslandes, der Verhandlungen mit dem Ausland über eine Ausreise der Polen und vor allem die Frage einer weiteren Duldung oder zwangsweisen Abschiebung, nachdem den Polen ein Ausweg eröffnet war, den sie nicht gehen wollten. Bei der Beratung dieser Fragen bildeten sich im Grossen Rat mehrere Fraktionen heraus.

Die grösste Gruppe blieben vom Anfang bis zum Ende der Affäre die unbedingten radikalen Polenfreunde. Die Asylgewährung ist für sie selbstverständlich, wenn nicht sogar ein freudiges Ereignis. Sie berufen sich idealistisch auf den «Edelsinn unseres Volkes für solche Unglückliche, die im Kampf für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes ihre Heimath, ihr Vermögen, ihre Familien verlaßen und fern von ihrem Vaterland sich eine Zufluchtsstätte suchen müßen»[18]. Noch offener rechtfertigte das Diplomatische Departement rückblickend seine Asylpolitik, wenn es im Rechenschaftsbericht schrieb, dass «die Harmonie politischer Gesinnung die Ertheilung eines Asyls an jene Flüchtlinge beförderte und bedeutende Geldopfer zu ihren Gunsten nicht scheute»[19]. In der Mai-Session 1833 ist es diese Gruppe, die die Unterstützung der Polen mit 6 Batzen pro Mann und Tag gegen weniger weitgehende Anträge durchsetzte[20]. In dieser Frage sah sich allerdings auch diese Gruppe bald zu taktischen Konzessionen gezwungen: Ende Juni 1833 wurde die Unterstützung oppositionslos auf den verhältnismässigen Anteil Berns (circa 20 %) an einer noch hypothetischen gesamteidgenössischen Unterstützung reduziert, um die anderen Kantone, die Privatwohltätigkeit und die Polen selbst «an die Nothwendigkeit ihrer Beihülfe glauben zu lassen»[21]. Als den Polen durch das französische Transitangebot vom 8. November 1833 ein Ausweg aus dem Kanton frei stand, wurde ihnen infolge des Grossratsbeschlusses vom 19. Dezember die staatliche Unterstützung per 31. Dezember entzogen, womit ein Mittelweg beschritten wurde zwischen dem regierungsrätlichen Antrag einer sofortigen Aufhebung der Unterstützung und dem Antrag besonders eifriger Polenfreunde, die noch bis Ende Januar 1834 zahlen wollten[22]. Der Grosse Rat des Kantons Bern bewilligte insgesamt Polenunterstützungen im Betrag von Fr. 37 363.–. Dieser Betrag entspricht immerhin 1,7 % der gesamten Staatsausgaben für 1833 von 2,08 Millionen Franken[23].

Die Frage nach der eidgenössischen oder kantonalen Verantwortlichkeit für die Flüchtlinge wird durch die radikale Fraktion je nach Opportunität entschieden: im Mai und Juni 1833 sollten nach ihr zwar alle Kantone für die Polen zahlen, 1834 wendete sie sich gegen jeden eidgenössischen Eingriff in das kantonale Asylrecht. Ein wichtiger Faktor für die Haltung dieser Gruppe sind die Drohungen des Auslandes, die sie mit einer unnachgiebigen nationalen Trotzreaktion beantwortete. Sie setzte durch, dass der Regierungsrat in seiner Antwort auf die vorörtliche Aufforderung zur Ausweisung der Teilnehmer am Savoyerzug erwiderte, man werde sich «niemals durch fremden Einfluss dazu verstehen», weil man eine solche Massnahme nicht «der Würde und Ehre eines freien Volkes angemeßen erachten» könne[24]. In der Frage der

Verhandlungen mit Frankreich über eine Abschiebung der Polen hintertrieben die unbedingten Polenfreunde jede Lösung, die die Polen zur Annahme eines französischen Angebotes gezwungen hätte, dem diese selbst nicht zustimmen wollten. Entsprechende Anträge werden schon am 27. Juni 1833, aber auch noch im Dezember 1833, als die Regierung selbst sie stellte, erfolgreich bekämpft[25]. Erst am 6. Mai 1834 gerät diese Fraktion damit in Minderheit von immerhin nach wie vor 64 Stimmen[26]. Bei dem Anlass bringt der «Berner Volksfreund» eine fast vollständige Namenliste dieser Minderheit[27]: ein seltener Glücksfall, der auch zeigt, welch grosse Bedeutung der Frage beigemessen wurde. Darunter sind folgende Polenfreunde hervorzuheben, die sich auch in den vorausgegangenen Debatten als Wortführer hervorgetan haben: die vier Regierungsräte Karl Neuhaus, Karl von Tavel, Johann Geiser und Karl Schnell, die Regierungsstatthalter von Pruntrut (Xavier Stockmar) und von Biel (Alexander Schöni), Professor Hans Schnell von Burgdorf, Ratsschreiber und «Volksfreund»-Redaktor Friedrich Stähli von Burgdorf und der kantonale Forstmeister Karl Kasthofer.

Die Niederlage dieser radikalen Polenfreunde im Mai 1834 erklärt sich durch das Umschwenken einer Gruppe von sozusagen «bedingten» Polenfreunden. Diese Gruppe, vor allem repräsentiert durch die Schultheissen für 1833 (Karl Anton von Lerber)[28] und 1834 (Karl Friedrich Tscharner)[29], steht im Mai und Juni 1833 noch ganz auf der Seite der Polenfreunde, bringt aber später übergeordnete finanzielle und staatspolitische Rücksichten zur Geltung. Nachdem Frankreich durch seine Note vom 8. November 1833 den Polen die Durchreise durch Frankreich wieder gestattete, beantragte der Regierungsrat nun die Ausweisung der Polen auf den 20. Dezember 1833, weil deren weiterer Unterhalt nach Aufhören der Unterstützung durch die anderen Kantone völlig ungesichert erschien. Damit war der Gesinnungsumschwung der Mehrheit des Grossen Rates noch nicht zu bewirken; auch nicht durch die Meinung der Regierung und des Alt-Schultheissen von Lerber im Februar 1834, dass die Polen nach dem Savoyerzug «unser Vaterland schwer kompromittiert hätten» und deshalb nicht wieder von Genf und Waadt zu übernehmen seien[30]. Erst die zunehmende Isolation Berns in der Eidgenossenschaft und die Einsicht, dass «bei den gegenwärtigen europäischen Verhältnißen ein einträchtliches Zusammenhalten und Zusammenwirken der Stände die höchsten Intereßen des Vaterlandes allein zu wahren vermögen», führte schliesslich zum mit 104 : 64 Stimmen gefassten Ausweisungsbeschluss vom 6. Mai 1834[31]. Karl Schnell schrieb dazu tags darauf an den Zürcher Bürgermeister Johann Jakob Hess: «Wie sie leicht begreifen werden, konnten die Radikalen, worunter ich per se auch mich zähle, nicht dazu stimmen. Genug! c'est une chose faite ... Schultheiß Tscharner hat den Beschluß ... bewirkt. Obgleich die Radicals sehr unzufrieden sind, wird er die Freisinnigen nicht entzweien»[32]. Dieser Optimismus mochte vielleicht für den Augenblick berechtigt sein. Bereits im Herbst 1834 sollte sich der Konflikt zwischen radikaler Prinzipienpolitik und liberaler Staatsräson in einer durchaus analog gearteten Asylrechtsfrage wiederholen und diesmal zu einer sich im Laufe der kommenden Jahre noch vertiefenden Spaltung zwischen den Liberalen (zu denen die Schnell nun übergewechselt waren) und den Radikalen führen[33].

Die Parlamentsfraktion, die den Polen mit Ablehnung entgegentrat, verhehlte zwar schon in den Mai- und Juni-Debatten ihre Gefühle keineswegs[34], konnte aber zu die-

sem Zeitpunkt noch keine Alternative zur Regierungspolitik vorlegen, da die Anwesenheit der Polen nun einmal einen nicht rückgängig zu machenden Sachzwang darstellte. Eine Minderheit von 39 Ratsmitgliedern wollte immerhin den Polen «die Mißbilligung ... über ihr Benehmen beim Eintritt in den Kanton» ausdrücken, und 44 Grossräte wollten den Regierungsrat mit der Auflösung der militärischen Organisation der Polen beauftragen[35]. Von der Juni-Session 1833 an vertreten diese Kreise die Tendenz, die Unterstützung für die Polen abzubrechen und sie auszuweisen, sofern sie die gebotenen Ausreisemöglichkeiten nicht wahrnehmen. Die Wortführer dieser Gruppe stammen grossenteils aus der Minderheit von 18 stadtbernischen Patriziern, die 1831 die Wahl in den Grossen Rat angenommen und sich damit - im Gegensatz zur grossen Mehrheit ihrer Standesgenossen - zur kritischen Mitarbeit im neuen liberalen Staat bereit erklärt hatten. Doch nur wenige dieser liberalen Patrizier blieben treue Gefolgsleute der Schnell wie die auch unter den Polenfreunden auffallenden Karl Friedrich Tscharner, Karl von Tavel und zeitweise auch Karl Anton von Lerber. Die grössere Zahl fand sich zur scharfen Opposition eines burgerlich-hauptstädtischen «Juste milieu» zusammen, das auch die Polenangelegenheit zum Schaden der radikalen Regierung auszuschlachten versuchte. Als Polengegner profilierten sich an erster Stelle der Staatsschreiber Albrecht Friedrich May, aber auch der Obergerichtspräsident Karl Ludwig Rudolf von Wattenwyl, die Regierungsräte Ludwig von Jenner, Friedrich Tscharner von Kehrsatz, Karl Koch und Christian Herrenschwand, etwas gemässigter der Historiker Anton von Tillier[36]. Etwas erstaunlich erscheinen die antipolnischen Ressentiments des Philipp Emanuel von Fellenberg, des liberalen Vorkämpfers des bernischen Bildungswesens und Landammanns (Grossratspräsident) für 1834[37].

2.2. Bemerkungen zum Verhältnis von Parlament und öffentlicher Meinung

Es muss nun gefragt werden, welche Funktion dem Parlament im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung über die Polenangelegenheit zukommt.

Der Grosse Rat ist durch die Staatsumwälzung nach dem Anspruch der liberalen Verfassung von 1831 neu zum repräsentativen Forum der politischen Öffentlichkeit und zum entscheidenden, den exekutiven Behörden übergeordneten Organ geworden. Die erfolgreiche Durchsetzung des zweiten Grundsatzes zeigt exemplarisch gerade die detaillierte und ausführliche Behandlung der Anträge des Regierungsrates und des Diplomatischen Departementes in der Polenangelegenheit; Anträge, denen der Grosse Rat in der Dezember- und Februarsession nicht folgt und die statt dessen durch selbstentwickelte Beschlüsse ersetzt werden. Die Funktion des Grossen Rates als repräsentatives Forum der politischen Öffentlichkeit muss näher untersucht werden, da sie für unsere Fragestellung nach der sozialen Basis der Polenbegeisterung entscheidend ist. Wer repräsentiert im Grossen Rat wen? Von 191 der 240 Grossräte im Jahre 1834 finden sich Berufs- und Funktionsangaben[38]. Es kommen nur 26 im engeren Sinne bürgerliche Berufsbezeichnungen vor (11 Handelsleute, 5 Ärzte, 4 Wirte, 2 Müller usw.). Nur 7 nennen sich Notare, Rechtsagenten und Fürsprecher. Nicht

weniger als 152 stehen aber mehr oder minder im staatlichen Sold: alle 17 Regierungsräte, 20 Beamte der Zentralverwaltung (Departemente und Staatskanzlei), 17 der 30 Regierungsstatthalter und 21 ihnen untergeordnete (wohl teilweise nebenamtliche) Bezirksbeamte, 6 der 11 Oberrichter und der Obergerichtsschreiber, 14 Gerichtspräsidenten, 50 (nebenamtliche) Amtsrichter, 1 Untersuchungsrichter, 3 Gerichtsschreiber und weiter 2 Professoren der Akademie. Die Klasse der Selbständigerwerbenden und vor allem die in dieser Aufzählung völlig fehlenden Bauern dürften wohl durch einige der 49 Grossräte ohne Berufsangabe und durch die ja nur nebenamtlichen Amtsrichter verstärkt werden. Trotzdem gilt, dass ganz entgegen dem bürgerlichen Idealtypus und der Gewaltentrennung die bernische Legislative vorwiegend die Exekutive und Judikative selbst repräsentiert. Das erklärt sich zum Teil durch das indirekte Wahlverfahren des Grossen Rates, das eine Art von Kooptation innerhalb der Führungsschicht bewirkte. Meistens äusserst schwach besuchte Urversammlungen in den Gemeinden[39] wählten Wahlmänner, die ihrerseits bezirksweise die Grossräte wählten. «Die indirekten Wahlen erscheinen als angemessenes System überall, wo man dem Volk die Reife abspricht, selbst die Besten auszulesen»[40].

Aus dem Gesagten ergibt sich, wie schmal die politisch massgebende Schicht im regenerierten Bern der frühen 1830er Jahre war. Man berief sich zwar gerade in den Polendebatten von allen Seiten andauernd auf die Volksstimmung; die soziale Zusammensetzung des Grossen Rates zeigt aber, dass seine mehrheitlichen Sympathien für die Polen nicht unbedingt der Volksstimmung entsprechen mussten.

Ein gewisses Korrektiv gegen ein zu weites Auseinanderklaffen von grossrätlicher Politik und Volksstimmung stellte die durch die Staatsumwälzung von 1831 neugeschaffene Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen dar. Diese Öffentlichkeit sollte in einem dialektischen Prozess Behörden- und Volkswillen in Einklang bringen; sie hatte die Funktion, einerseits die Behörden durch die öffentliche Kritik von unten zu kontrollieren, andererseits aber auch «die Bürger von der Notwendigkeit behördlicher Massnahmen zu überzeugen und die öffentliche Meinung dem Willen des Repräsentanten anzugleichen»[41]. Diese Wechselwirkung wird gerade am Beispiel der Polenfrage sehr deutlich, wenn Schultheiss von Lerber in seinem Schlussbericht nach der Debatte vom 26. Juni 1833 sagte: «Dann ward auch die böse Stimmung eingewendet, die nicht erlaube, weiter zu gehen. Diese fürchte ich noch lange nicht so viel; man hat Mittel, diese böse Stimmung zu legen, wenn man den Leuten die Sachlage erklärt»[42]. In diesem Sinne erliess dann das Diplomatische Departement am 31. Juli 1833 ein gedrucktes Kreisschreiben an alle Regierungsstatthalter zur weiteren Verbreitung, das «verleumderische Gerüchte» und «boshafte Verdächtigungen» berichtigen sollte[43]. Öffentlichkeit wird also auch als Mittel zur Volksaufklärung gegen die geheime Agitation angewendet, über welche gerade im Zusammenhang mit der Polenangelegenheit vielfach geklagt wurde[44].

Die Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen wurde durch den freien Zugang zu den Ratstribünen gewährleistet. Gerade für die Polendebatten ist ein besonders reges Publikumsinteresse belegt; am 26. Juni, am 13. Dezember 1833 und am 6. Mai 1834 war die Tribüne offenbar zu klein[45]. Ferner wurden seit 1832 die Verhandlungen gedruckt verbreitet, teils dem summarischen offiziellen Beschlussprotokoll folgend, bei

als wichtig eingestuften Diskussionen aber ein ausführliches inoffizielles Wortprotokoll wiedergebend, was bei vier der sechs Polendebatten geschah[46].

Am wirkungsvollsten wurde aber die Öffentlichkeit durch die häufig ausführlichen Ratsberichte in den Berner Zeitungen gewährleistet. Diese setzten den einzelnen Grossrat dem Risiko aus, im heimischen Wirtshaus mit seiner in Bern abgegebenen Stellungnahme konfrontiert zu werden.

2.3. Reaktionen der Bevölkerung

Die erste Reaktion der Bevölkerung der Freiberge gegenüber den Gästen, die völlig unerwartet und derart zahlreich in diesem abgelegenen Hochland anlangten, scheint gemäss dem Bericht des Regierungsstatthalters von Saignelégier sehr freundlich gewesen zu sein[47]. Während einigen Tagen waren 380 Polen hier konzentriert; trotzdem herrschte, wie der vom Regierungsrat entsandte Kommissär berichtete, «eine Ordnung und Stille im Flecken, die im vorliegenden Falle ganz ungewöhnlich erscheint»[48]. Das radikale Presseorgan des Regierungsstatthalters von Pruntrut, die «Helvétie», weiss von der Ankunft eines Trupps von weiteren 36 Polen im kleinen Grenzort Damvant zu berichten, dass sie noch um zehn Uhr abends augenblicklich Gastgeber gefunden hätten. Angekommen in Pruntrut, hätten sich die Familien förmlich gedrängt, ihre Gastfreundschaft anzubieten[49]. Ähnliches konnte der Regierungsstatthalter von Courtelary berichten: mehrere Gemeinden des Bezirkes wünschten ausdrücklich, 120 Polen beherbergen zu dürfen[50]. Dieser Wunsch wurde jedoch bei der Verteilung der Polen auf 49 Gemeinden im ganzen Jura nicht berücksichtigt; wohl wegen des Protestes der konservativen Neuenburger Regierung gegen eine Annäherung der ihr gefährlich scheinenden Gäste an die neuenburgische Grenze[51].

Auch in der folgenden Zeit bis Ende Juni verdienen Polen und Jurassier für ihr Zusammenleben offenbar die besten Noten. Die wenigen Ausnahmen bestätigten nur die Regel, wie die Regierungsstatthalter in Pruntrut und Delsberg versicherten[52]. Über Schwierigkeiten berichtete nur der Regierungsstatthalter Moschard in Moutier, der offensichtlich persönlich den Polen wenig wohlgesonnen war. Er warf ihnen übertriebene Ansprüche an Unterkunft und Essen vor und berichtete über einen Zwischenfall in Court, wo ein polnisches Detachement nur unter Gewaltandrohung zum Bezug seiner Unterkunft zu bewegen gewesen sein soll[53]. In Pruntrut feierten die Polen unter reger Anteilnahme der Bevölkerung am 3. Mai den Jahrestag ihrer Verfassung von 1791[54]. Anlass zu öffentlichem Mitgefühl wurde in Pruntrut sogar der Selbstmord eines jungen polnischen Leutnants, der persönliche Unglücksnachrichten aus seiner Heimat erfahren hatte. An seiner gutkatholischen Beerdigung nahm das ganze Pruntruter Offizierskorps teil, was die «Allgemeine Schweizer-Zeitung» zu bösen Bemerkungen über eine solche unübliche Würdigung eines Selbstmörders veranlasste[55]. Ende Mai/Anfang Juni meldeten die jurassischen Regierungsstatthalter doch den Wunsch an, dass ihre Amtsbezirke etwas entlastet würden. Zwar habe man im allgemeinen überhaupt keinen Grund zu Unzufriedenheit, ja Delsberg meldete sogar eine wohltuende Belebung der Wirtschaft durch die in den Bezirk fliessenden

Unterstützungsgelder. Doch gäbe es Probleme in den Dörfern, wo die polnischen Gäste die Bauern bei der Ernte genierten. Delsberg und Pruntrut wünschten aber ausdrücklich, je etwa 100 Polen weiterhin in ihren Städtchen beherbergen zu dürfen; man würde sie dort nur ungern scheiden sehen[56]. Rührend mutet der Wunsch von Delsberg an, die zu verlegenden Polen nicht zu weit zu entfernen, «car ces malheureux s'abandonnent facilement à la chagrin et tombent malades ne pouvant communiquer et se consoler». Wenig polenfreundlich zeigte sich nur wieder Moschard in Moutier, der dringlich eine Dislokation wünschte, weil die Polen keine Bereitschaft zur Rückkehr nach Frankreich zeigten und weil die staatliche Unterstützung bei den unteren Bevölkerungsschichten Neid und Unzufriedenheit wecke. Ausserdem erwähnte er Gerüchte über separatistische Bestrebungen der Stockmar-Partei, die die weitere Anwesenheit einer potentiell gefährlichen, geschulten Kriegerschar nicht anraten liessen. Diese damals weit verbreiteten Gerüchte konnten zwar in keiner Weise belegt werden, doch mögen sie den Regierungsrat zu einer teilweisen Dislokation mitbewogen haben[57].

Auch nach dieser Dislokation in den deutschsprachigen Kantonsteil befand sich bis zum Abschluss der Affäre die Mehrheit der jeweils noch im Kanton befindlichen Polen im Jura, neu nun auch im Bezirk Courtelary. Noch am 20. Januar 1834, nach der Abreise eines grossen Teils nach Frankreich, verblieben knapp 100 im Jura, wovon 42 nicht am Savoyerzug teilnahmen. Das erklärt sich wohl durch ihre relativ gute Integration, wovon auch die Berichte über den eigenständigen Lebensunterhalt mancher Polen zeugen. Einige haben vor allem in Courtelary das Uhrenhandwerk erlernt[58].

Aus dem Jura sind zwei weitere polnische Feiern mit herzlicher Anteilnahme der Bevölkerung überliefert: eine Totenmesse am 17. Juli 1833 in Delsberg und eine Gedenkfeier für die 1826 hingerichteten Polen in Pruntrut am 27. Dezember 1833[59]. Weitere Zeugen für die jurassische Gastfreundschaft sind vier in der «Helvétie» publizierte Dankesschreiben polnischer Gruppen[60].

Im Berner Jura bestanden zwar im Gegensatz zum alten Kantonsteil keine Armenlasten, und deshalb konnten dort die fremden nicht gegen die eigenen Unterstützungsbedürftigen ausgespielt werden. Zweifellos ist aber der Jura ein Randgebiet; arm an Ressourcen, wie das «Journal de Genève» im Zusammenhang mit der Polenunterstützung hervorhebt[61]. Ausserdem war gerade 1833 ein Jahr einer ausserordentlich schlechten Ernte im Jura[62]. Die Erklärung für die jurassische Polensolidarität muss wohl eher in schwer genau zu erfassenden Faktoren der Mentalitätsentwicklung gesucht werden. Der Jura gehörte 1833 erst 18 Jahre zu Bern; in den vorangehenden 20 Jahren des gemeinsamen Schicksals mit Frankreich hatte sich das Gedankengut der französischen Revolution tiefer als anderswo in der Schweiz einprägen können. Die französisch-polnische Solidarität, die sich auf viel fester begründete, historische, konfessionelle und sprachliche (der polnische Adel sprach in der Regel französisch) Bande stützen konnte als etwa die deutsch-polnische Solidarität, schloss offensichtlich auch die Jurassier in sich ein. Mit nicht geringem Stolz konnte in diesem Sinn die «Helvétie» die jurassischen Verdienste in der Polenunterstützung hervorheben: «Les actes de cette partie du canton en disent plus que des phrases; c'est le Jura que le sort a désigné

pour acquitter la dette de la Suisse à l'humanité et à une nation persécutée depuis plus d'un demi siècle pour la cause de la liberté; c'est au Jura que l'honneur helvétique a été confié»[63].

Ein ganz anderes Bild der Volksstimmung zeigte der deutschsprachige Kantonsteil. Bereits im Mai 1833 finden sich in den Stimmungsberichten, die die Regierungsstatthalter wegen der anhaltenden Furcht der Regierung vor einer patrizischen Konterrevolution regelmässig abgeben mussten, Hinweise auf Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen der staatlichen Unterstützung für die Polen, so von Seftigen, Nidau, Erlach, Thun, Laufen, Interlaken, Meiringen und Trachselwald[64]. Mit Kreisschreiben vom 5. Juni 1833 beauftragte der Regierungsrat die meisten Regierungsstatthalter, in ihrem Amtsbezirk abzuklären, ob Gastwirte oder Privatpersonen polnische Flüchtlinge für 6 Batzen täglich aufnehmen wollten. Das Ergebnis dieser Umfrage war recht niederschmetternd[65]. Mit Ausnahme von Biel wurden nur ganz wenige vereinzelte Wirtshausplätze vor allem im Seeland angeboten. Thun, Fraubrunnen, Signau, Konolfingen, Seftigen, Bern und Trachselwald berichteten über «wenig Theilnahme» oder «ziemliche Unzufriedenheit». Das unmittelbarste Abbild der Volksstimmung liefern die Berichte der Gemeinden, die der Regierungsstatthalter von Konolfingen seinem Bericht beilegte. Die meisten verwiesen auf die «filen Armen» und wollten die Polen dorthin zurückschicken, wo sie hergekommen waren; Brenzikofen und Innerbirrmoos wollten die Polen auch nicht für 12 Batzen, Ausserbirrmoos beklagte den «Mangel an Nahrung», Herbligen meinte zu wissen, dass die Polen nicht arbeiten wollten, Buchholterberg tadelte, dass bei der Aufnahme der Polen «keine Polizey oder Neutralität beobachtet worden» sei. Der Regierungsstatthalter von Trachselwald fand die hübsche Ausrede, in seinem Bezirk verstünde halt niemand die polnische Sprache; in Signau befürchtete man, die adligen polnischen Offziere wären mit der dort üblichen «einfachen Hausmannskost» wohl kaum zufrieden.

Es ist sicher kein Zufall, wenn gerade in Berichten aus den Bezirken Konolfingen und Signau die dortige polenfeindliche Stimmung mit den überdurchschnittlichen Armenlasten in Verbindung gebracht wird (diese betrugen 1827/28 in diesen Bezirken Fr. 3.50 respektive Fr. 6.- pro Kopf der Bevölkerung)[66].

Im Amtsbezirk Bern ist «selbst das freysinnige Bolligen» ganz negativ eingestellt; die Landgemeinden befürchteten «die Vermehrung von unehelichen Kindern». In dieselbe Kerbe hieb der Gemeinderat der Stadt Bern: «Schon jetzt vermag man kaum der herrschenden Unsittlichkeit Schranken zu setzen: um wieviel weniger wäre das der Fall, wenn die Menge der Müßiggänger so bedeutend vermehrt würde?» Als später der Regierungsrat plante, eine grössere Zahl von Polen im Schloss Frienisberg zu internieren, verlangte die Gemeinde Seedorf gar eine Garantieerklärung der Regierung für die finanziellen und bürgerrechtlichen Folgen von befürchteten Schwangerschaften[67]. Das Thema der angeblichen Unmoral der Polen wurde sogar im Grossen Rat erörtert. Schultheiss von Lerber wusste aber nur von einer einzigen Schwangerschaftsklage in Pruntrut zu berichten, wobei «die Klägerin eben keine Lukretia sei»[68].

In den Grossratsdebatten vom 26./27. Juni 1833 wiesen Vertreter von Nidau, Schwarzenburg, Fraubrunnen, Konolfingen, vom Obersimmental, Saanenland und Oberhasli ebenfalls auf die grassierende Missstimmung hin: «Der Unwille ist beinahe

grenzenlos, es wird gewiß der Ruhe und Ordnung gefährlich werden, wenn man nicht bald dieser Last ein Ende sieht»[69].

Grossrat Jakob Kernen von Münsingen gab auch gleich eine Erklärung: «Der Geist ist bös für die Unglücklichen, allein der Grund liegt darin, weil der Grad der Kultur im Verhältniß zur Freiheit, die wir errungen haben, noch gering ist, so daß das Volk einzig die finanziellen Folgen im Auge hat»[70]. Häufig findet sich auch die Erklärung, die Missstimmung sei Resultat gezielter konservativer Agitation. Die Feinde des neuen Systems sind es, so führte Hans Schnell aus, die «durch Ausstreuung von falschen Gerüchten über die Aufführung der Polen, wie wenn sie Mörder, Betrieger, Ehebrecher wären, eine so böse Stimmung über die Polen im Publikum» produzierten[71]. So gesehen, fiel es den Liberalen leicht, sich über die Volksstimmung hinwegzusetzen.

Ein gutes Beispiel für die von Schultheiss von Lerber beschworene[72] Bildungsaufgabe der liberalen Führer gegenüber dem unwissenden Volk ist die Situation in Burgdorf. Auch von hier, dem Stammsitz der Brüder Schnell und des «Berner Volksfreundes», wird noch am 2. Juli 1833 allgemeine «Abneigung» gemeldet. Die Gemeindeversammlung hätte eine Beisteuer zur Unterbringung von Polen im Schloss Burgdorf abgelehnt[73]. Daraufhin führten die liberalen Führer durch ihr persönliches Engagement offensichtlich einen Umschwung herbei, beherbergten doch die Burgdorfer teils privat, teils im Schloss von Ende Juli bis zum Jahresende circa 30 Polen, ohne dafür staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Anfangs Januar 1834 berichtete der «Volksfreund» über einen herzlichen Abschied von diesen «lieben Gästen», die durch ihr vorbildliches Betragen alle Vorurteile Lügen gestraft hätten. Ein polnischer Major dankte seinerseits «unsern freundschaftlichen und biedern Wirthen, den herzlichen Bewohnern Burgdorfs»[74].

Die grosse Ausnahme im deutschsprachigen Kantonsteil bildete aber die Stadt Biel. Schon fünf Tage nach der regierungsrätlichen Umfrage vom 5. Juni 1833 berichtete der Bieler Regierungsstatthalter Alexander Schöni, es sei für die Aufnahme von 100 bis 120 Mann gesorgt; ferner würde der zehnköpfige polnische Stab gerne unentgeltlich in Privathäusern beherbergt[75]. Biel wurde darauf als Sitz des sogenannten «Comité d'honneur» zum Zentrum der polnischen Emigration in der Schweiz; hier wurde der Savoyerzug ausgeheckt. Biel sah wie Pruntrut polnisch-schweizerische Verbrüderungen an Feierlichkeiten wie der «Totenfeier» zur Ehre kürzlich in Polen hingerichteter Freiheitskämpfer am 25. Juli 1833[76] und dem Revolutionsfest am dritten Jahrestag des polnischen Aufstandes am 29. November 1833. Der Bieler Adolf Perrot schrieb dazu in sein Tagebuch: «Die ganze freisinnige Bieler Welt beiderlei Geschlechts war zu diesem pompösen Fest eingeladen worden. Der Saal mochte kaum die Maßen alle aufzunehmen.» Nach dem Abzug der meisten Polen in Richtung Savoyen schrieb er am 27. Januar 1834: «Indeßen jammern die Schönen Biels ganz entsetzlich um diese Helden»[77]. Obwohl die Polen aus Gründen der Geheimhaltung ihre Gastgeber wenig galant verlassen hatten, richteten die Bieler nach dem Scheitern des Savoyerzuges eine Petition an den Grossen Rat, in der sie um Wiederaufnahme der Polen ersuchten[78]!

Die neuerliche Verteilung der 140 vom Savoyerzug zurückkehrenden Polen geschah diesmal ohne vorherige Umfrage. Diese Zuteilungen lösten nicht gerade Begeisterung aus, wie Berichte von Interlaken, Aarberg, Erlach und Aarwangen zeigen[79].

Der Burgerrat von Erlach forderte gar «die alsobaldige Fortweisung jener gefährlichen, lästigen Fremdlinge»[80]. Eine wohl zutreffende Analyse der Volksstimmung auf dem Lande gab der Regierungsstatthalter von Laupen: «Es läßt sich nicht verkennen, daß der wohlhabende Landmann gerne Frieden hat und in dem Einfall der Flüchtlinge ins sardinische Gebiet eine Veranlaßung zu Störung des Landfriedens erblickt und aus diesem Grunde den Polen umso abgeneigter ist»[81]. Ausgerechnet aus dem Oberland wusste der «Berner Volksfreund» Besseres zu berichten. Nachdem der Regierungsstatthalter von Interlaken eine Publikation erlassen hatte, wonach die Polen nicht auf Staatskosten lebten, scheinen diese sich dort gut eingelebt zu haben[82]. Die in Thun beherbergten Polen finden bei ihrer Abreise sogar Anlass zu schriftlichem Dank, «insbesondere ... dem edlen Damenkreise»[83]. Umso schlimmer scheint es ihnen im benachbarten Amsoldingen ergangen zu sein: «Nun aber verfolgen diese gastfreundlichen Hottentotten jene Unglücklichen gelegentlich mit Schimpfworten, Steinwerfen, Hundehetzen auf empörende Weise»[84].

Eine kleine Solidaritätswelle gab es noch einmal Ende April 1834. Die Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartementes hatte am 21. April 1834 eine Aufforderung an die Polen erlassen, endlich das französische Angebot anzunehmen, ansonsten gegen sie nicht näher definierte polizeiliche Massnahmen ergriffen würden. Die Regierungsstatthalter wurden angewiesen, von den Polen innert 24 Stunden eine Erklärung unterschreiben zu lassen, ob sie ausreisen wollten oder nicht. Wer nicht abreisen wollte, sollte abermals innert 24 Stunden sich über seinen künftigen Lebensunterhalt ausweisen[85]. Daraufhin erklärten über 70 Polen, bleiben zu wollen, circa 50 konnten Kautionen oder meistens Bürgschaften ihrer Arbeits- und Logisgeber, die sich bis zum Betrag von Fr. 800.- verbürgen mussten, aufbringen[86]. Stockmar berichtete aus Pruntrut, von den 16 dortigen Polen wolle nur einer abreisen; die anderen seien beschäftigt, und die Arbeitgeber wollten sie behalten. Etwas anders tönte es aus Nidau: «die unverbeßerlichen Trotzköpfe» wollten bleiben. «Sie werden sich nun, hochgeehrte Herren! auf's frische überzeugen können, mit wem wir es zu thun haben: - mit Leuten, die nur auf Abentheuer und auf frische Unruhen rechnen und lauern, und die sich um das Heil unseres Landes wenig bekümmern ... Sollen wir auf Unkosten unserer Freiheit und unserer eigenen Ruhe und Wohlfahrt ferner taub sein gegen die Stimme der Klugheit und des ganzen Volkes, das allenthalben gegen die fernere Duldung dieser Fremdlinge murrt»[87]. Im weiteren empfahl er dringend, die Sache erneut vor den Grossen Rat zu bringen, der nun sicher anders beschliessen würde - was dann am 6. Mai auch geschah. Karl Schnell musste in einem Brief an den Zürcher Bürgermeister Johann Jakob Hess schliesslich zugeben, «dass sogar Bewunderer und Verehrer der polnischen Flüchtlinge ihre schnelle Abreise wünschen, hauptsächlich seitdem sie sehen, dass die politischen Gegner dahin gelangt sind, ihre Sache auf der Landschaft unpopulär zu machen»[88]. Jetzt endlich resignierte in dieser Frage die elitär-aufklärerische Haltung vieler liberaler Volksführer vor dem Volkswillen, dem man nicht zu weit vorauseilen dürfe. «C'est précisément parce que Berne s'appuie sur l'élément démocratique qu'il doit tenir compte de la volonté du peuple»: so dozierte die radikale «Helvétie» der noch radikaleren Genfer «Europe centrale», die Bern wegen des Ausweisungsbeschlusses mit Schimpf und Schande bedacht hatte. Ja, die «Helvétie» findet

nun diesen Volkswillen sogar verständlich: man könne vernünftigerweise von einem Oberländer eben nicht verlangen, dass er den Prinzipien einer «civilisation universelle» und eines «patriotisme cosmopolite» huldige; umso weniger, wenn ihn diese Prinzipien in Widerspruch zu seinen Miteidgenossen bringen. Mit Enthusiasmus werde dieser sein Vaterland und seine Freiheit verteidigen, «mais n'allez pas lui demander de se constituer le champion de la cause républicaine en Europe, car il restera froid et impassible»[89].

Einige wenige Polen, die nicht am Savoyerzug teilgenommen und eine Arbeit gefunden hatten, blieben im Kanton Bern[90]. In den 1830er Jahren wurden neun Polen im Kanton Bern eingebürgert, bis auf einen alle im Jura[91]. Drei frühere polnische Genie-Offiziere wurden bereits 1833 vom Baudepartement in Bern beschäftigt, darunter Oberstleutnant Jan Lelewel in leitender Funktion bei den Vorarbeiten zur Juragewässerkorrektion[92].

2.4. Polenkomitees im Kanton Bern

Eine teilweise Korrektur des Bildes einer negativen Reaktion des deutschsprachigen Kantonsteiles ergibt sich bei der Betrachtung des Ergebnisses der Geldsammlungen für die Polen. Diese wurden durch das «Eidgenössische Central-Polen-Comité» in Bern koordiniert, das auf Initiative der Helvetischen Gesellschaft am 9. Mai 1833 gebildet worden war[93]. Als Präsident des Central-Comités fungierte Regierungsrat Karl Neuhaus von Biel, Vorsteher des Erziehungsdepartementes und späterer mehrmaliger Schultheiss. Während auf eidgenössischer Ebene Thomas Bornhauser (Führer der Thurgauer Liberalen) als Präsident der Helvetischen Gesellschaft zur Bildung von kantonalen Polenvereinen aufforderte, rief das Central-Comité in einem gedruckten Appell «An das bernische Volk» vom 10. Juni 1833 auf, im ganzen Kanton Bezirkskomitees zu gründen[94]. Aus einer ebenfalls gedruckten Zwischenabrechnung vom 6. Januar 1834[95] gehen Totaleinnahmen von circa Fr. 15200.- hervor, wovon Fr. 4700.- aus dem Kanton Bern, grösstenteils aus dem alten Kantonsteil (der Jura und Biel sammelten meistens auf eigene Rechnung), stammten. Zehn Bezirkskomitees sind auf der Abrechnung vertreten, wobei auffällt, dass nicht nur die Randgebiete des Jura (Neuenstadt und Teile der Bieler Sammlung) und das wohlhabendere Mittelland (Aarberg, Aarwangen, Laupen, Nidau) vertreten sind, sondern auch das Emmental (Sumiswald) und das Oberland (Polenkomitees in Frutigen, Interlaken und Saanen!). Sogar eines der abgelegensten Gebiete des Kantons, die Gemeinde Abländschen, hatte Fr. 10.35 beigesteuert. Im Einzugsgebiet von Bern und Burgdorf gingen die Zahlungen von Privatpersonen direkt an das Central-Comité. In den Donatorenlisten findet sich ein grosser Teil der politischen Elite, teilweise auch Vertreter des Juste milieu, mit respektablen Beiträgen von durchschnittlich 40 bis 50 Franken[96]: die Regierungsräte Friedrich von Ernst, Franz Ganguillet, Albrecht Rudolf Ludwig von Jenner, Friedrich Kohler, Karl von Lerber, Karl Neuhaus, Karl von Tavel und Karl Friedrich Tscharner, Landammann Anton Simon, Vize-Landammann Wilhelm von Fellenberg, der Regierungsstatthalter von Bern Jakob Emanuel Roschi, Obergerichts-

präsident Karl Ludwig von Wattenwyl, zahlreiche Grossräte, darunter Karl Kasthofer und Anton von Tillier[97]. Am 6. September 1833 rief das Central-Comité zur Spende von Gaben für eine grosse Polen-Lotterie auf, nachdem es zu diesem Zweck als Hauptpreis von Louis Napoléon, der zu dieser Zeit im Thurgau auf Schloss Arenenberg wohnte, ein kostbares Reise-Nécessaire seines grossen Onkels bekommen hatte[98]. Aus den 10000 Losen zu je Fr. 1.- zog im Februar 1834 ausgerechnet Regierungsrat von Tavel das grosse Los[99]. Vor allem dank dieser Lotterie verbesserte sich die Sammlung des Central-Comités auf ein Schlussergebnis von fast 30000 Franken, wobei dabei der bernische Anteil nicht mehr auszumachen ist[100].

Da vom 1. Januar 1834 an die staatliche Unterstützung aufhörte, waren die Mittel des Central-Comités aber bereits anfangs April 1834 erschöpft[101]; das Ausbleiben weiterer Sammlungen ist ein zusätzliches Anzeichen dafür, dass die Polen nach dem Savoyerzug viele Sympathien verloren hatten.

Im Jura sind autonome Polenkomitees in den Amtsbezirken Pruntrut, Delsberg und Courtelary nachweisbar. Das Komitee von Courtelary bildete sogar einige Unterkomitees in den Dörfern des St. Immer-Tales. Bereits Mitte April werden in diesen drei Bezirken Subskriptionen eröffnet; in Pruntrut auf Initiative zweier polnischer Schüler (darunter ein Potocki) des dortigen Collège[102]. Eigentliche Polenkomitees bilden sich Mitte Juli, als die staatlichen Unterstützungen eingeschränkt werden. Den Aufruf des Distriktkomitees von Courtelary unterschrieb offensichtlich die regionale Führungsschicht: der Pfarrer von Corgémont als Präsident, fünf Maires und je ein Uhrenmacher, Kaufmann und Gastwirt[103]. In Pruntrut, Courtelary und La Chaux-de-Fonds bildeten sich auch Damenzirkel, die für die Polen vor allem Wäsche strickten. In Pruntrut schrieben sich über 300 der insgesamt 1852 Bewohner[104] dieses Städtchens für regelmässige Unterstützungsbeiträge ein; am erfolgreichsten war aber Courtelary, das mit 2400 Franken Spenden für seine 70 Polen auf jede staatliche Unterstützung verzichten konnte[105]. Die Hälfte der Spenden stammte hier von den benachbarten Neuenburger Montagnards aus dem Gebiet von La Chaux-de-Fonds, die darin wohl auch ein Ventil für ihre republikanische Opposition gegen die Regierung in Neuenburg fanden - Neuenburg war ja noch schweizerischer Kanton und preussisches Fürstentum zugleich.

3. *Radikale Polenbegeisterung, liberale Skepsis und konservative Ablehnung*

3.1. Die Polen als liberale Gesinnungsgenossen, respektive als revolutionäre Gefahr

Nicht nur liberale Gesinnungsgenossen, sondern auch potentielle Kampfgefährten sind die Polen für den Berner Politiker Karl Schnell in einem Privatbrief an seinen Vetter: «Mit den armen, unglücklichen Polen habe ich das größte Mitleid von der Welt, lieber Franz ... Der heldenmüthige Kampf für Freiheit und Vaterland, den sie gekämpft haben, hat höchstwahrscheinlich uns diese edelsten Güter gerettet. Oder sollten diese Güter heut noch angegriffen werden, wo hätten wir zuverläßigere Ver-